



Fraktion im Rat der Stadt Wuppertal

*Herrn Oberbürgermeister Peter Jung*

Es informiert Sie Andre Hüsgen  
Anschrift Wittensteinstr. 235a  
42283 Wuppertal  
Telefon (0202) 60 933 100  
Fax (0202) 60 932 088  
E-Mail info@pro-rep-wuppertal.de  
Datum 08.05.2015  
Drucks. Nr. VO/1547/15  
öffentlich

**Antrag**

---

Zur Sitzung am	Gremium
<b>17.06.2015</b>	<b>Hauptausschuss</b>
<b>22.06.2015</b>	<b>Rat der Stadt Wuppertal</b>

---

**Gemeinsames Gedenken von Stadt und DITIB an den Genozid an den christlichen Minderheiten des Osmanischen Reiches**  
**Antrag der Fraktion PRO NRW/DIE REPUBLIKANER vom 08.05.2015**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

bitte setzen Sie den folgenden Antrag auf die Tagesordnung der nächsten Ratssitzung:

**Der Rat der Stadt beauftragt die Verwaltung, gemeinsam mit der lokalen Gemeinde der Türkisch-Islamischen Union der Anstalt für Religion (DITIB) eine Gedenkveranstaltung, die an den 1915 begonnenen Genozid an den christlichen Minderheiten des späten Osmanischen Reiches erinnert, schnellstmöglich in deren Moschee zu organisieren.**

Begründung des Antrags:

Da insbesondere die Wuppertaler DITIB-Gemeinde betont, engagierte Integrationsarbeit zu leisten, wäre es angesichts der herzlichen Beziehungen zwischen Stadt und lokaler DITIB ein richtiges und wichtiges Signal, gemeinsam jeglicher Genozid-Leugnung eine unmissverständliche Absage zu erteilen und den im späten Osmanischen Reich systematisch ermordeten Armeniern, Griechen und Aramäern die ihnen zustehende Ehre zu erweisen.

Am 24. April sprach Bundespräsident Joachim Gauck unmittelbar von „Völkermord“, wo hingegen andere hochrangige Bundespolitiker aus falscher Rücksichtnahme gegenüber der Türkei die öffentliche Verwendung des Begriffs immer noch meiden wie der Teufel das Weihwasser. Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan meinte daraufhin erzürnt äußern zu müssen, sein Volk werde die Anschuldigung des deutschen Staatsoberhauptes „nicht vergessen und nicht vergeben“.

Hier ist die Wuppertaler DITIB-Gemeinde gefragt, sich gegen ihren faktischen Chef Erdogan zu stellen, da die historische Wahrheit nicht der Geschichtsklitterung weichen darf. Alle anderen DITIB-Gemeinden Deutschlands könnten sich dann am Vorbild Wuppertals orientieren. Die Leugnung des Genozids im späten Osmanischen Reich ist gleichermaßen zu verurteilen wie die Leugnung des Massenmords an den europäischen Juden durch die NS-Diktatur oder die Leugnung des Holodomor an den Ukrainern durch die stalinistische Sowjetunion.

Gerade die linken Parteien in der Stadt umwerben die Türken als ihre Klientel. Es müsste im Interesse dieser Formationen liegen, dass sich in dieser ethnischen Gemeinschaft keinerlei Chauvinismus und Genozid-Leugnung verbreitet.

Angesichts der Tatsache, dass die Wuppertaler DITIB-Gemeinde im Begriff ist, ihren Standort an der Gathe zu einer repräsentativen Großmoschee umzugestalten, darf es keine Einbahnstraße des Miteinanders geben. „Weltoffenheit“ seitens der deutschen Mehrheitsgesellschaft bei gleichzeitigem Festhalten der DITIB an mehr als fragwürdigen Parolen aus Ankara wäre ein unhaltbarer Zustand. Hier muss die DITIB Farbe bekennen, wie es tatsächlich um ihre Positionen in puncto Demokratie und Rechtsstaatlichkeit bestellt ist.

Mit freundlichen Grüßen

Claudia Bötte  
Fraktionsvorsitzende